

Anwohner weiter gegen SBB-Bau

In Tiefenbrunnen gilt der Neubau der Bahn als «Unding».

Von Edgar Schuler

Zürich - Die SBB wollen auf ihrem Land beim Bahnhof Tiefenbrunnen ein 135 Meter langes Geschäftshaus bauen und haben dafür die Bewilligung erhalten. Für die Anwohner hat der Kampf gegen den «Riegel», der ihnen die Seesicht nimmt, jedoch gerade erst begonnen. Gestern prallten in der Mühle Tiefenbrunnen die Gegensätze aufeinander. SBB-Projektleiterin Eva-Maria Kämpf rechnet trotz drei Einsprachen gegen die Bewilligung mit Baubeginn in einem Jahr. Die Interessengemeinschaft Tiefenbrunnen aber glaubt, dass sie mit ihrem Rekurs einen wunden Punkt getroffen hat - und das «Unding» verhindern kann.

Die für zwei der Einsprachen zuständige Anwältin erklärte, die SBB dürften auf dem Land so gar nicht bauen, da es sich um Aufschüttungsland handle, das vom Kanton nur unter bestimmten Bedingungen vor allem für den Bahnbetrieb zur Verfügung gestellt worden sei. «Die Hürde ist viel höher, als die Zahl der Einsprachen vermuten lässt», sagte sie. Maria Åström von der SBB-Immobilienentwicklung erwiderte, der Kanton sei offenbar anderer Meinung, er hätte die Bewilligung dafür sonst nicht erteilt.

Stadt will grösseren Bau

Für Kopfschütteln unter den fünf Dutzend Anwesenden sorgten nicht nur die SBB, sondern auch die Behörden. Die Bahn muss nämlich ihr Projekt laut einer Auflage in der Bewilligung sogar noch vergrössern. Die Pläne der Architekten Annette Spillmann und Harald Echsle sahen im obersten Geschoss eine luftige Terrasse vor. Die Stadt will aber ein markantes Attikageschoss, das den Eingang zur Stadt deutlich machen soll. Das bedeutet: Glas und Stahl statt Terrasse. Den beiden verantwortlichen Frauen bei den SBB bereitet das Kopfzerbrechen. Der Freiraum wäre für den geplanten Restaurantbetrieb lebensnotwendig. Und bei den Anwohnern entsteht der Eindruck, die Stadt plane aus rein ästhetischen Gründen an ihren Interessen vorbei.

«Wer ist denn die Stadt, die so entscheidet?», fragte Urs Frey, Präsident des Quartiervereins Riesbach. Die Antwort: das Baukollegium, eine Architekten-Kommission mit Hochbauvorstand André Odermatt (SP) an der Spitze, und das Amt für Städtebau, das ebenfalls bei Odermatt angesiedelt ist. Der «städtebauliche Kopf», den die Überbauung bilden soll, entspricht auch der «räumlichen Entwicklungsstrategie». Nur sind das alles Begriffe, mit denen an einer Anwohnerversammlung kein Blumentopf zu gewinnen ist. Applaus erntete darum Ex-Landesring-Nationalrat Anton Schaller. Als Veteran der Bewegung gegen ein erstes Bauvorhaben auf dem Gelände warf er den SBB vor, seither nichts gelernt und am Quartier vorbei geplant zu haben.